

Bozani, Vasiliki; Drydakis, Nick

Article

Die griechische Wirtschaftskrise, Arbeitsmarkt und Politikmaßnahmen

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Bozani, Vasiliki; Drydakis, Nick (2015) : Die griechische Wirtschaftskrise, Arbeitsmarkt und Politikmaßnahmen, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, ISSN 1861-1559, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 84, Iss. 4, pp. 129-143, <https://doi.org/10.3790/vjh.84.4.129>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/156424>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die griechische Wirtschaftskrise, Arbeitsmärkte und Politikmaßnahmen

VASILIKI BOZANI UND NICK DRYDAKIS

Vasiliki Bozani, Economics Research Centre, Universität Zypern, Nikosia, Zypern, E-Mail: bozani.vasiliki@ucy.ac.cy
Nick Drydakis, Lord Ashcroft International Business School, Anglia Ruskin University, Cambridge und IZA, Bonn, E-Mail: nick.drydakis@anglia.ac.uk

Zusammenfassung: Die historische Entscheidung für Griechenlands Verbleib in der Eurozone und der Europäischen Union auf dem Eurogipfel am 12. Juli 2015 hat Griechenland die Chance eröffnet, wieder zu Wachstum und Nachhaltigkeit zurückzukehren. Dies setzt allerdings voraus, dass es die notwendigen Schritte unternimmt, um die Reformen fortzusetzen. Die griechische Regierung und ihre Partner (Europäische Kommission, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfonds) sind gemeinsam zu der Einsicht gelangt, dass der Erfolg der wirtschaftspolitischen Maßnahmen von der Sozialpolitik abhängt. Reformen sollten nicht als eine Frage von mehr oder weniger Regulierung, sondern von guter oder schlechter Regulierung begriffen werden. Die Förderung produktiver Investitionen stellt eine der wichtigsten Triebkräfte für die Erholung und den produktiven Wandel dar. Zudem sollte es für die griechische Regierung zu den dringendsten Prioritäten gehören, gefährdeten Gruppen direkte Unterstützung zukommen zu lassen, um so die Auswirkungen der Wirtschaftskrise abzufedern und den Boden für künftiges Wirtschaftswachstum zu bereiten.

Summary: The historic decision at the Euro Summit on July 12, 2015, to continue supporting Greece as a member of the EU and the euro family, provided Greece the chance to return to growth and sustainability, provided it takes the necessary steps to continue with its reforms. Jointly the Greek government with its partners (European Commission, European Central Bank and the International Monetary Fund), agreed that the success of economic policy decisions would be determined by the concentration on social policies. Policy initiatives should view reforms not as a debate between more versus less regulation, but rather as a matter of good versus bad regulation. Encouraging productive investment represents one of the main engines to sustain not just recovery but also promote productive transformations. Moreover one of the most pressing priorities for the Greek government should be to provide immediate support to vulnerable groups, to help alleviate the impact of the economic crisis, and set the stage for stable future economic growth.

- JEL Classification: E24, E50, E60, J01, O52
- Keywords: Economic crisis, labor markets, policies

I **Einleitung: Die strukturellen Muster der Krise**

Der Ausbruch der noch immer andauernden Wirtschaftskrise im Jahr 2008 und ihre Auswirkungen auf die Volkswirtschaften des Euroraums, insbesondere auf Griechenland, haben eine Reihe von Fragen bezüglich der Nachhaltigkeit des Wirtschaftsmodells aufgeworfen. Trotz der Unterschiede zwischen den europäischen Volkswirtschaften – hinsichtlich Inflation, Arbeitslosigkeit und Wettbewerbsfähigkeit – wurden durch das Festhalten der Eurozone an Inflationsbekämpfung und Konvergenzkriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) zwei unterschiedliche Wachstumsmodelle innerhalb des Euroraums geschaffen (Arestis und Sawyer 2011a und 2011b, Hein 2014, Stockhammer 2012). Auf der einen Seite steht das Modell der Kernländer des Nordens (Österreich, Belgien, Finnland, Deutschland und die Niederlande), die mit einer starken Exportorientierung Wachstum erzielen. Auf der anderen Seite steht das Modell der Peripherieländer (Griechenland, Spanien, Irland). Diese haben durch Schuldenaufnahme Wachstum erzeugt (Stockhammer 2012 und 2013, Hein 2014). Vor dem Hintergrund des angestrebten einheitlichen Finanz- und Kapitalmarkts haben die Volkswirtschaften der Peripherie ihre Finanzierungsprobleme über Kredite aus den Kernländern gelöst. Die damit verbundenen Ungleichheiten und deren negative Auswirkungen zeigten sich nach dem Ausbruch der Krise und destabilisierten die Peripherieländer, da diese mittlerweile „suchtgleich“ von den Krediten der Kernländer abhängig waren (Arestis und Sawyer 2011a und 2011b, Hein 2014). Aus diesen Gründen kann die Eurokrise als Zahlungsbilanzkrise oder, alternativ, als eine Krise der Nachhaltigkeit der Auslandsverschuldung angesehen werden (Mastromatteo und Rossi 2015).

Im griechischen Fall hat die allgemeine Wirtschaftskrise die ohnehin hohen Defizite noch vergrößert und ist schließlich zu einer Staatsschuldenkrise geworden, ohne dass die griechische Regierung in der Lage war und ist, die Liquiditätskrise durch Mittelaufnahme auf dem Finanzmarkt zu lösen. Das Bemühen Griechenlands, die Wahrscheinlichkeit eines Staatsausfalls zu verringern, indem jedem zukünftigen Ansteigen der Schuldenquote sofort entgegengewirkt wird, ist durch zwei Rettungspakete (Memoranda I 2010 und Memoranda II 2012) flankiert worden. Diese wurden gemeinsam von der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds (der bekannten Troika, die dann von der neuen Regierung in Institutionen umbenannt wurden) bereitgestellt. Das wichtigste Ziel der Memoranden lag darin, es der griechischen Regierung dabei zu ermöglichen, die vom SWP festgelegten Defizit- und Schuldenkriterien einzuhalten. In der Praxis waren die Memoranden Kreditvereinbarungen, die die griechische Wirtschaft in einen Teufelskreislauf aus fortgesetzter Kreditaufnahme, Arbeitsmarktreformen und strukturellen Reformen zur Wiedererlangung der Wettbewerbsfähigkeit trieben. Die fortgesetzte Kreditaufnahme erwuchs vor allem aus der Verpflichtung zur Umsetzung der Konsolidierung im Staatshaushalt. Andernfalls hätte Griechenland entweder aus dem Euro austreten oder die Zahlungsunfähigkeit erklären müssen (Frangakis 2015, Stockhammer 2013, Calcango 2012, Arestis und Sawyer 2011b).

2 **Arbeitsmarktreformen in den Jahren 2010–2014**

Mit der Reform des Arbeitsmarktes sollte eine Reduzierung der Arbeitslosenquoten erreicht werden (ILO 2014). Mit der Umsetzung einer Reihe arbeitspolitischer Maßnahmen sollten zudem die Flexibilität des Arbeitsmarktes erhöht und Angebot und Nachfrage aufeinander abgestimmt

werden. Beides sollte es potenziellen Arbeitnehmern erleichtern, einen Arbeitsplatz zu finden (Immervoll und Scarpetta 2012, Cazes et al. 2009).

Die Maßnahmenpakete beruhen auf der Annahme, dass der fiskalische Sparkurs in Verbindung mit interner Abwertung (Deflation von Löhnen und Preisen) und geeigneten strukturellen Reformen zu einer expandierenden Wirtschaft führt, weil dieses Paket Investitionen, Wettbewerbsfähigkeit und Exporte fördert. Die Reduzierung der Stückkosten würde die Wettbewerbsfähigkeit verbessern und der daraus resultierende Anstieg der Exporte würde die negativen Auswirkungen des Konsolidierungskurses auf die Inlandsnachfrage ausgleichen (Blanchard et al. 2014). Arbeitsmarktreformen sollten zuallererst die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt erhöhen. Die Reformen konzentrierten sich daher auf zwei Aspekte: erstens, die Absenkung des Mindestlohns, um so die Basis für die weitere Lohnbestimmung anzupassen, und zweitens, die Kürzung der Gehälter im öffentlichen Dienst. Mit Letzterem sollte der Staatshaushalt entlastet und potenziell Einfluss auf die Löhne im Privatsektor genommen werden. Außerdem wurden die folgenden Maßnahmen vorgeschlagen: An die Stelle kollektiver Lohnvereinbarungen sollten Vereinbarungen auf Firmenebene treten, damit die Löhne die tatsächliche Produktivität einer Firma besser widerspiegeln. Hinzu kamen Änderungen bei den Beiträgen zur Sozialversicherung, die Beseitigung von Entlassungshindernissen, die Abschaffung von Verträgen auf Lebenszeit, die Förderung temporärer Beschäftigungsverhältnisse, um den fixen und dauerhaften Erfordernissen des Unternehmens besser gerecht zu werden und schließlich die Einführung flexiblerer und kürzerer Arbeitszeiten, um die Arbeitskräfte produktiver einsetzen zu können. Die Richtung dieser Reformen legte nahe, dass die Lösung für das griechische Problem in der Schaffung eines flexibleren Arbeitsmarktes gesehen wird. Eine Reihe von Studien kommt jedoch zu dem gegenteiligen Ergebnis, nämlich, dass diese Vorschläge für die Arbeitslosigkeit verantwortlich waren (Blanchard et al. 2014, ILO 2014).

Es stellt sich zudem die Frage, in welchem Umfang diese Reformen tatsächlich umgesetzt wurden. Auf der Basis des LABREF-Datenbestandes lässt sich feststellen, dass zwischen Memorandum I (2010) und 2013 zahlreiche und fortdauernde Reformen unternommen wurden. Die Mehrzahl der institutionellen Reformen am Arbeitsmarkt betrifft die Besteuerung der Arbeit. Dabei wurde versucht, Steuerflucht zu verringern und zugleich die Einnahmen der Sozialversicherungen zu erhöhen. Einschneidende Reformen wurden im Zusammenhang mit der Einführung flexibler Verträge (das heißt Zeitverträge) und mit Maßnahmen zur Regelung der Arbeitszeit beschlossen, wobei gleichzeitig Schritte unternommen wurden, um Kündigungsfristen und Abfindungen zu reduzieren und Massenentlassungen zu ermöglichen. Zu den wichtigsten Reformen gehören jene, die das Einfrieren und progressive Absenken der Gehälter im öffentlichen Dienst und der Renten sowie Änderungen bei den Mindestlöhnen betreffen. Alle diese Entscheidungen führen zwar zur Verminderung der öffentlichen Ausgaben, aber statt einer Verbesserung bewirken sie eine Verschlechterung der Wirtschaftstätigkeit, da sie die Gesamtnachfrage verringern. Was die Reformen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik angeht, konzentrierten sich diese darauf, eine Frühverrentung unattraktiv zu machen und strengere Kriterien für die Anspruchsberechtigung bei Arbeitslosengeld und anderen sozialen Unterstützungsleistungen einzuführen; wobei jedoch als Ausgleich für besonders benachteiligte Gruppen finanzielle Hilfen bereitgestellt wurden. Gleichzeitig wurden zahlreiche Reformen auf den Weg gebracht, die Programme für eine geförderte Beschäftigung enthielten. Damit sollten neue Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen werden.

Trotz der durchaus nützlichen institutionellen und gesetzlichen Änderungen bleibt es – nicht weil sie ungeeignet gewesen wären –, sondern wegen der sich ständig ändernden makroökonomischen Rahmenbedingungen Griechenlands eine offene Frage, inwieweit diese Reformen in der Lage sind, die Arbeitslosigkeit zu senken. Weitere Zweifel werden auch durch die politische Instabilität Griechenlands in den letzten Jahren und die fehlende Bereitschaft des politischen Systems ausgelöst, die Kosten der Restrukturierung des sozialen und wirtschaftlichen Gefüges zu tragen.

3 Die Auswirkung des Sparkurses auf die griechische Wirtschaft

Alle Überlegungen, die politischen Vorschläge der Sozialpartner umzusetzen (das heißt Verringerung des Umfangs des öffentlichen Sektors sowie Privatisierungs- und Deregulierungsvorhaben im Transport- und Energiesektor, bei den geschützten Berufen, im Justizsystem und in der Rentenversicherung) verflüchtigten sich nach und nach (Frangakis 2015, OECD 2010). Man ging zwar davon aus, dass man die Krise als Chance begreifen sollte, um sich von den bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Strukturen und ihren negativen Auswirkungen zu befreien (Barkbu et al. 2012). Aber in einem Land, das an einer Rezession leidet, einen strikten Sparkurs und Reformen am Arbeitsmarkt durchzuführen, hätte nur katastrophale Folgen und unerwartet starke nachteilige Auswirkungen auf die Einkommensverteilung, die Arbeitslosigkeit und die Wirtschaftsleistung gehabt (Frangakis 2015, Calgano 2012, Stockhammer 2012).

Die extremen und nicht aufeinander abgestimmten Maßnahmen zur Absenkung von Renten, Löhnen, Arbeitslosengeld und anderen Sozialleistungen in Verbindung mit den Maßnahmen zur Verschärfung der bis dahin relativ großzügigen Kriterien für Anspruchsberechtigung und Dauer wirkten sich in einer Gesellschaft mit immer mehr Arbeitslosigkeit nicht nur ruinös auf die Einkommensverteilung aus, sondern erhöhten auch die vor der Krise bestehenden Einkommensunterschiede und verstärkten die Armut bestimmter Gruppen (vor allem arbeitslose Rentner und Behinderte) in der Gesellschaft. Dies wiederum führte zu einem drastischen Rückgang des Lebensstandards (Giannitsis und Zografakis 2015, Matsagannis 2013). Diese Bedingungen hatten aufgrund der Asymmetrie in der Besteuerung der unterschiedlichen Einkommensgruppen schwere soziale Verwerfungen zur Folge. Auch auf die Gesundheits- und Sozialversicherung wirkte sich die gegebene Situation negativ aus. Sie wurde für die meisten zum Luxus, obwohl in Krisenzeiten das Gegenteil der Fall sein sollte (Drydakis 2015, Gianitsis und Zografakis 2015, Matsaganis 2013). Als Folge der Maßnahmen gibt es heute in den meisten Haushalten mindestens eine Person, die arbeitslos oder nur geringfügig beschäftigt ist und die daher eine erhebliche Reduzierung ihrer Einnahmen hinnehmen musste und deswegen nicht mehr in der Lage ist, sich grundlegende Dinge zu leisten oder Steuern zu zahlen.

Die soziale Krise war jedoch nicht die einzige „Nebenwirkung“ des Maßnahmenpakets; es wirkte sich auch negativ auf die Realwirtschaft aus. Griechenland blieb auf die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Absenkung des Preisniveaus fixiert, um seine Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, ohne seine Liquiditätssituation zu gefährden. Es gelang dem Land, seine Preise zu senken, wobei der HIKP (Harmonisierte Index der Konsumentenpreise) in den Jahren 2010–2014 um ganze 6,1 Prozentpunkte zurückging, verglichen mit einem Rückgang von nur 1,2 Prozentpunkten für die Eurozone insgesamt (19 Länder). Dabei ist es wichtig festzuhalten, dass die relativ hohen HIKP-Werte in den Jahren 2010 und 2011 dem Anstieg der Mehrwertsteuer von 19 auf 23 Prozent ge-

schuldet sind, der Teil des fiskalischen Abwertungsprogramms war (Frangakis 2015). Außerdem sind, ganz wie es die Reformvorschläge vorsahen, die Lohnstückkosten im Zeitraum von 2010 bis 2013 um 11,8 Prozent gefallen (letzte verfügbare Daten 2013). In der Eurozone insgesamt betrug dieser Wert im gleichen Zeitraum lediglich 0,1 Prozent. Vergleicht man die realen (oder sogar die nominellen) Lohnstückkosten in Griechenland mit denen in der Eurozone, so wird die Höhe der internen Abwertung deutlich. Die Tatsache jedoch, dass die Abwertung nicht zu den erwarteten Ergebnissen bei Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen und Exporten geführt hat, zeigt, dass die Wirkung auf die Gesamtnachfrage negativ war. Die Umsetzung einer solchen Politik durch alle Mitglieder der Eurozone ohne Rücksicht auf die jeweiligen nationalen Eigenheiten erklärt zum Teil, warum die erwarteten Effekte nicht eingetreten sind.

Der Verdacht, dass diese politischen Maßnahmen ein Fehlschlag waren, wird auch durch die negativen Wachstumsraten gestützt. Diese sind zwar mit der Zeit absolut gesehen, kleiner geworden, zeigen aber die tatsächlichen Möglichkeiten der griechischen Wirtschaft auf. Das Produktionswachstum der Eurozone war lediglich in den Jahren 2012 und 2013 negativ, während das griechische Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 2010 bis 2013 negativ und erst im Jahr 2014 wieder positiv war. Das aggregierte Produktionswachstum Griechenlands ist im Zeitraum 2010–2014 um 24,51 Prozent gesunken, verglichen mit einem Anstieg um 3,41 Prozentpunkte in der Eurozone. Zudem sorgen die Zunahme der öffentlichen Einnahmen von 2010–2014 um nur 5,1 Prozentpunkte und die um 2,6 Prozentpunkte gesunkenen Ausgaben für die Illusion, dass eine makroökonomische Verbesserung vorliege. Die Tatsache jedoch, dass diese Veränderungen vor allem durch erhöhte Besteuerung und einen Abwärtsdruck bei den öffentlichen Ausgaben, Renten und Löhnen erzielt wurde, weist auf wahrscheinliche Probleme in der Zukunft hin.

Insbesondere der Anstieg bei den öffentlichen Schulden von 2010 bis 2014 um 32,4 Prozentpunkte zeigt nicht, dass Griechenland die Krise keinesfalls bereits überstanden hat. Im Gegenteil, während die Arbeitslosigkeit in der Eurozone von 2010 bis 2014 um nur 1,5 Prozentpunkte angestiegen ist, schoss sie in Griechenland um 13,8 Prozent in die Höhe. Spezifische Untergruppen schnitten besonders schlecht ab: Die Arbeitslosenquote bei Jugendlichen in Griechenland, die seit 2010 um 19,4 Prozentpunkte angestiegen ist, bleibt offenbar die treibende Kraft beim Anstieg der Gesamtarbeitslosigkeit. Dieses Problem muss von der Politik angegangen werden. Besonders schmerzhaft ist zudem der Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit im Berichtszeitraum um 28,9 Prozentpunkte; eine Tatsache, die zur Umorientierung führen muss, denn je höher die Langzeitarbeitslosenquote wird, desto schwerer ist das Problem zu lösen.

Ganz offenkundig hatte das Maßnahmenpaket der Troika nicht die erwarteten Ergebnisse erbracht, da es die griechische Wirtschaft in eine verlängerte Rezession geführt hat. Vor dem Hintergrund der Verfehlung der Ziele – Wiederherstellung von wettbewerbsfähigen Preisen, Anstieg des Wirtschaftswachstums und nachhaltige Sanierung der Staatsschulden – stellt sich die Frage, was getan werden muss, um die Depression zu beenden (OECD 2013).

4 **Strategische Maßnahmen für Griechenland**

Unabhängig davon, ob an den Vorschlägen der Programme festgehalten wird oder nicht, ist der fiskalische Sparkurs als Folge und nicht als Ursache der Krise zu behandeln. Die zwei unterschiedlichen Wachstumsmodelle in der Eurozone zeigen, dass private Überschuldung und

Finanzmarkt deregulierung die Krise verschärft haben. Die Krise ist nicht durch fiskalische Verschwendung ausgelöst worden (Mastromatteo und Rossi 2015, Calcagno 2012). Mit anderen Worten, das Experiment des griechischen Sparkurses ist gescheitert. Dieses Scheitern wurde durch die Konzentration auf Arbeitsmarkt-reformen und deren Behandlung als Haupt- anstatt als Nebeninstrument zur Überwindung der Rezession befördert (Cazes et al. 2012). Die völlige Nichtbeachtung der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes machte das Scheitern unvermeidlich (Stockhammer und Klar 2010, Stockhammer et al. 2014). Außerdem war die Tatsache hinderlich, dass sich die Reformen vor allem auf den Arbeitsmarkt konzentrierten, während der Reform des Gütermarktes (das heißt der Verringerung der Start-up-Kosten oder die Beseitigung der hohen Gewinnaufschläge), der Erhöhung der wirtschaftlichen Aktivität und der Expansion der Beschäftigung wenig Aufmerksamkeit gewidmet wurde (Blanchard und Giavazzi 2003, Gersbach 2000). Reformen in diesen Bereichen wären ein ergänzendes Gegenstück zu den Arbeitsmarkt-reformen gewesen und hätten zusätzliche Beschäftigungsimpulse versprochen (Annett 2007, Blanchard und Giavazzi 2003, Gersbach 2000). Den Befunden von Papageorgiou und Vourvachaki (2015) zufolge können sich strukturelle Reformen der griechischen Produkt- und Arbeitsmärkte positiv auf das makroökonomische Umfeld und das Wirtschaftswachstum auswirken (sowohl kurz- als auch langfristig). Das Ausmaß der positiven Wirkung wird dabei im Wesentlichen von dem jeweils angewandten fiskalpolitischen Instrument bestimmt.

Mit anderen Worten, damit die arbeitsmarktpolitischen Reformen Wirkung entfalten, müssen sie mit Reformen des Produktmarktes und mit politischen Maßnahmen kombiniert werden, die sich auf die Stimulierung der Gesamtnachfrage und auf Einkommensumverteilung konzentrieren. Umgekehrt sollten die politischen Maßnahmen so gestaltet werden, dass sie den Unzulänglichkeiten der jetzigen Maßnahmen Rechnung tragen und die Auswirkungen der aktuellen Rezession abmildern (Hein 2014, Sawyer 2013, Stockhammer 2012, 2013, Barkbu et al. 2012). Dies hätte eigentlich offensichtlich sein müssen, da auch bei der Arbeitsmarkt-reform in Deutschland enttäuschende Resultate für Wachstum und Beschäftigung erzielt wurden. Auch hier ist versucht worden, die strukturellen Probleme zu lösen, indem man sich ausschließlich auf die Angebotsseite des Arbeitsmarktes konzentriert hat. Wenn allerdings die Nachfrageseite vernachlässigt wird, kann sich die Inlandsnachfrage nicht stabilisieren (Herzog-Stein et al. 2013). Allerdings ist fraglich, inwieweit Maß Griechenland und seine Partner bereit sind, sich diesem Kern der Griechenlandkrise zu stellen.

Die historische Entscheidung auf dem Eurogipfel am 12. Juli 2015 bietet nun die Chance, in Griechenland zu Wachstum und Nachhaltigkeit zurückzukehren (Europäische Kommission 2015). Die griechische Regierung sollte Best-practice-Lösungen in der gesamten Arbeitsmarkt-gesetzgebung im konstruktiven Dialog mit den Sozialpartnern umsetzen (ILO 2014). Gemeinsam beschlossene Maßnahmen sind wichtig, damit sozialpolitische Schritte nachhaltig und erfolgreich sind (Europäische Kommission 2015, ILO 2014). Dies kann durch die Modernisierung der Gesetzgebung über einen Prozess der Einbeziehung der Sozialpartner erreicht werden, um so von der Expertise der „Thinktanks“ und der internationalen Organisationen zu profitieren (ILO 2014). Die Teilnahme aller wichtigen Akteure und Sozialpartner erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass nachhaltige Lösungen erzielt werden, insbesondere in einer Zeit der Krise (ILO 2014). Der Drei-Parteien-Sozialdialog und die Tarifverhandlungen würden von einer grundlegenden Kontrolle des Arbeitsmarktes, einschließlich der Löhne, Arbeitsbedingungen und Preisentwicklungen profitieren (ILO 2014).

Gegenwärtig prüft die griechische Regierung über ein Konsultationsverfahren den bestehenden Rahmen für Massenentlassungen, Arbeitskampfmaßnahmen und Tarifverhandlungen. Sie berücksichtigt dabei die „best practices“ im übrigen Europa (Europäische Kommission 2015). Die griechische Regierung arbeitet außerdem an einem Gesetz für eine einheitliche Reform der Lohnstruktur, das mit den Lohnsummenzielen übereinstimmt. Dazu gehört auch eine erhöhte Spreizung der Löhne einschließlich stärkerer Lohnspreizung entsprechend den Fähigkeiten und Verantwortlichkeiten der Beschäftigten (Europäische Kommission 2015). Politische Initiativen sollten beim Beschäftigungsschutz nicht über mehr oder weniger Regulierung, sondern über gute oder schlechte Regulierung diskutieren (ILO 2014). Ausbalancierte Arbeitsmarktreformen müssen das Ziel haben, qualitativ hochwertige Beschäftigung zu schaffen und eine angemessene Sicherheit der Einkommen zu gewährleisten. Gleichzeitig muss dem Erfordernis der Firmen, sich im Rahmen des Konjunkturzyklus anzupassen, Rechnung getragen werden (ILO 2014).

Eine verbesserte Interaktion zwischen Maßnahmen zum sozialen Schutz und Arbeitsmarktprogrammen würde die Effektivität der Regierungsanstrengungen verbessern, die Arbeitnehmer im Arbeitsmarkt zu halten und ihre Fähigkeiten zu bewahren und zu verbessern (ILO 2014). Der Vorschlag, Beschäftigten vollen Zugang zu Sozialversicherungsleistungen, Genesungsurlaub und Mutterschaftsurlaub und eventuell auch Arbeitslosengeld zu geben, sowie das Bemühen, die finanzielle Stabilität der Mittel sicherzustellen, zeigt die Absicht der Regierung, diese Maßnahmen abzusichern (Weltbank 2015, ILO 2014). Die Bereitstellung eines umfassenden sozialen Schutzes, der ein Leben in Würde erlaubt, ist grundlegend (Europäische Kommission 2015). Die Regierung hat dabei die Autonomie und wirksame Vertretung der Arbeitnehmer und Beschäftigten sicherzustellen (ILO 2014). Außerdem sollte Griechenland Unternehmen und Gewerkschaften an einen Tisch bringen, um auf Unternehmensebene für eine wirksame Arbeitnehmervertretung zu sorgen (ILO 2014).

Die griechische Regierung erkennt an, dass der gewählte Ansatz nicht nur Flexibilität und Fairness für Arbeitnehmer und Arbeitgeber zum Ausgleich zu bringen hat, sondern auch die sehr hohe Arbeitslosenquote bekämpft werden muss (Europäische Kommission 2015). Für die Regierung muss es Priorität haben, den Schwächsten sofortige Unterstützung zu gewähren, um die Auswirkungen der Wirtschaftskrise abzufedern (Europäische Kommission 2015, Griechische Staatsbank 2014). Die gemeinsame Mission muss darin bestehen, die Menschen wieder in Lohn und Arbeit zu bringen und zu verhindern, dass sich Langzeitarbeitslosigkeit ausbreitet (ILO 2014). Gerade die Langzeitarbeitslosen sind einem besonderen Armutrisiko und sozialer Ausgrenzung ausgesetzt, und ihre Unterstützung durch das Sozialversicherungssystem fällt mager aus. Die Sozialhilfe sollte auf Basis der Dauer der Arbeitslosigkeit erfolgen, so dass die Unterstützung mit dem Risiko der Langzeitarbeitslosigkeit steigt (ILO 2014). Der Mindestsatz für soziale Notfallmaßnahmen muss gewährt werden; diese Maßnahmen müssen so gestaltet werden, dass sie die Armut reduzieren und die Inklusion in den Arbeitsmarkt fördern (ILO 2014, Griechische Staatsbank 2014). Zielgenauere Maßnahmen als bisher würden auch die Effizienz des sozialen Schutzes erhöhen (ILO 2014, Griechische Staatsbank, 2014).

Gegenwärtig ist Griechenland in einem Teufelskreis gefangen, bei dem geringe Steuereinnahmen eine höhere Unternehmens- und Einkommensbesteuerung hervorrufen, die wiederum Firmen dazu bringt, den formellen Wirtschaftssektor zu verlassen, unversicherte Arbeiter zu beschäftigen und/oder ihre Wirtschaftstätigkeit zu reduzieren (Weltbank, 2015, ILO 2014, 2015). Die griechische Regierung muss Schritte unternehmen, um Schwarzarbeit zu bekämpfen und die Wettbewerbsfähigkeit legal arbeitender Unternehmen zu erhöhen, die Arbeitnehmer zu

schützen und Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen zu sichern (IWF 2015, ILO 2014). Daher muss die Regierung das Steuersystem durch verpflichtende Steuererklärungen und Strafen stärken. Diese Maßnahmen erhöhen das Steueraufkommen und schwächen den informellen Wirtschaftssektor (Weltbank 2015, ILO 2014). Die Verbesserung des Steuersystems ist zur Steigerung der finanziellen Ressourcen für soziale Zwecke von entscheidender Bedeutung. Gleichzeitig werden damit auch die Haushaltsanpassungsziele erreicht (Weltbank 2015).

Um die Aufsichtsbehörden zu stärken, sollte eine inklusive Arbeitsmarktaufsicht geschaffen werden (ILO 2014). Außerdem muss Griechenland die Regulierung der temporären Beschäftigung verbessern, um den wirtschaftlichen Erfordernissen besser Rechnung tragen zu können (ILO 2014). Zudem muss die Regierung Ausbildungsprogramme einführen, die das Ziel haben, junge Menschen mit Unternehmerfähigkeiten auszustatten und ihnen Hilfestellung bei der Gründung eines Unternehmens zu geben (Europäische Kommission 2015, OECD 2015b, ILO 2014).

Schließlich könnten für Sektoren mit vorwiegend saisonaler Geschäftstätigkeit flexiblere Gesetze geschaffen werden (ILO 2014). Der Rat an Griechenland ist außerdem, mit seinen Anstrengungen fortzufahren, die Effektivität von Kurzarbeit durch die Einführung von Ausbildungsmaßnahmen in Betrieben mit Kurzarbeit zu erhöhen; außerdem sollte auch die Umsetzung von Arbeitskräften aus rückläufigen Wirtschaftssektoren in produktivere in Betracht gezogen werden (ILO 2014). Die Regierung sollte sich verpflichten, solche Arbeitnehmer, die temporär an Maßnahmen des Jobsharing teilnehmen, mit einem bestimmten Prozentsatz ihres früheren Einkommens zu entschädigen (ILO 2014).

Allerdings wird keine der vorgeschlagenen Reformen funktionieren, wenn nicht die Nachfrageseite einbezogen wird. Die Förderung produktiver Investitionen muss zu den Prioritäten der Regierung gehören, da ohne solche Investitionen keine wirtschaftliche Erholung und Transformation denkbar ist (ILO 2014). Die Produktivitätsstruktur der griechischen Wirtschaft und die vorhandenen Chancen machen es erforderlich, dass Griechenland eine öffentliche Förderbank gründet, die mit dem Mandat ausgestattet ist, Kredite an kleine und mittelständische Unternehmen zu vergeben. Gleichzeitig müssen private Finanzinstitute an den Finanzierungen dieser Förderbank beteiligt werden (Europäische Kommission 2015, OECD 2015b, ILO 2014). So könnten direkte staatliche Kredite und Mittel der Europäischen Investitionsbank/EU mit Kreditgarantien der Regierung kombiniert werden, um damit ein stärkeres Engagement und Beteiligung von privaten Investoren anzuregen (OECD 2015b). Außerdem könnten politische Initiativen versuchen, die unternehmerischen Aktivitäten jener Zielgruppen zu verbessern, die besonders hohen Barrieren ausgesetzt sind, wenn es darum geht, unternehmerisch tätig zu werden (OECD 2015b). Außerdem wird zur Förderung von Investitionen vorgeschlagen, kleine und mittelständische Unternehmen mit Steuer- und Sozialabgabensenkungen zu belohnen, wenn sie hochqualifizierte Arbeitsplätze in der Forschung schaffen (ILO 2014). Die Regierung sollte Firmen, vor allem in der Gründungsphase, durch spezifische Programme, wie etwa Mentoren-, Aufbau- und Coachingprogramme unterstützen (OECD 2015b). Maßnahmen zur Förderung von Investitionen in Innovation sollten durch Anstrengungen ergänzt werden, die Zusammenarbeit zwischen der akademischen Forschung und den Unternehmen zu stärken (ILO 2014, Herrmann und Kritikós 2013). Die Regierung sollte die Möglichkeit der Co-Finanzierung zwischen verschiedenen Akteuren erweitern, um so die Risikoteilung zu begünstigen.

Schließlich ist es von entscheidender Bedeutung für Griechenland, den Erwerb von beruflichem Spezialwissen und -fähigkeiten und den Eintritt in profitable Märkte zu fördern (ILO 2014). So

sollte Griechenland etwa die Profitabilität seiner Tourismusbranche mittels Verbesserung der bereitgestellten Dienstleistungen erhöhen (Europäische Kommission 2015, ILO 2014). Auch sollten Unternehmen der Nahrungsmittelproduktion stärker in die Lage versetzt werden, mit ihren Produkten besser an der Wertsteigerungskette der Tourismusbranche teilzuhaben (ILO 2014). Es werden insbesondere weitere Anreize für Investitionen in erneuerbare Energien empfohlen, die vielfältige positive externe Effekten haben, indem sie beispielsweise zusätzliche Investitionen initiieren und neue Arbeitsplätze schaffen (Europäische Kommission 2015, ILO 2014).

5 Finanzierungschancen für die griechische Wirtschaft

Auch wenn die vorgeschlagenen Reformen auf eine Verbesserung des Arbeitsmarktes zielen und zugleich einige der chronischen Krankheiten in der griechischen Gesellschaft mildern, wenn nicht sogar heilen könnten, muss die grundsätzliche Frage gestellt werden, ob eine Volkswirtschaft, die buchstäblich über keine Liquidität verfügt, zu solchen Reformen in der Lage ist.

Angesichts dieses Problems und in Anbetracht der Notwendigkeit, die Inlandsnachfrage zu erhöhen, war es eine der wichtigsten Entscheidungen der Europäischen Kommission, im Juni 2015 eine Behörde zur Förderung struktureller Reformen (Structural Reform Support Service) einzurichten. Diese Behörde soll die Wirtschaft im Bereich der Arbeitsmarktpolitik unterstützen und zur allgemeinen Verbesserung des Geschäftsklimas beitragen. Die Behörde soll auch bei der Inanspruchnahme von EU-Strukturfonds (Europäische Kommission 2015) behilflich sein, so dass die Strukturfonds in Zukunft effizienter und effektiver genutzt werden können. Im Juli 2015 hat sich die Kommission verpflichtet, ein Reihe von Vorschlägen zur sofortigen Verbesserung der Liquidität zu unterbreiten, damit die Investitionen zeitnah durchgeführt werden und die damit verbundenen positiven Auswirkungen auf Wachstum und Arbeitsplätze rasch eintreten können (Europäische Kommission 2015, OECD 2015a). Zu diesen Maßnahmen zählen unter anderem die vorzeitige Freigabe verbleibender EU-Zahlungen und die Ausweitung der Programme zur Vorfinanzierung für die Jahre 2014–2020. Der Europäischen Kommission (2015) zufolge werden Griechenland in den Jahren 2015–2017 35 Milliarden Euro aus dem Europäischen Struktur- und Investitionsfonds zur Verfügung gestellt. Diese Mittel könnten dafür eingesetzt werden, (i) in innovative kleine und mittelständische Unternehmen zu investieren, um das wirtschaftliche Umfeld zu verbessern; (ii) Initiativen zur Beschäftigung junger Menschen zu fördern, damit diese erste Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt sammeln können und (iii) Mittel bereit zu stellen, mit denen ein aktiver Arbeitsmarkt und soziale Inklusion gefördert werden (Europäische Kommission 2015, Griechische Staatsbank 2014, Herrmann und Kritikós 2013). Außerdem sollten griechische Bauern weiterhin von Subventionen profitieren, sowohl in Form von direkten Zahlungen und Einkommenshilfen als auch in Form von Maßnahmen, mit denen landwirtschaftliche Schlüsselmärkte gefördert werden, um den Landwirtschaftssektor wettbewerbsfähig zu machen (Europäische Kommission 2015, ILO 2014). Diese Mittel sollten außerdem dazu genutzt werden, Gemeinden an der Küste dabei zu unterstützen, eine Grundlage für eine nachhaltige Fischerei zu schaffen (Europäische Kommission 2015).

Die EU-Mittel werden dazu beitragen, Unternehmergeist und die Einrichtung von Arbeitsplätzen zu fördern, berufliche Aus- und Fortbildung zu verbessern und zugleich die öffentliche Verwaltung zu modernisieren (Europäische Kommission 2015, OECD 2015a). Sie werden dazu beitragen, dass Tausende kleiner und mittelständischer Unternehmen von Investitionen in Forschung

und Entwicklung profitieren, indem die Kooperation mit Forschungsinstituten und damit die künftige Wettbewerbsfähigkeit gestärkt wird (Europäische Kommission 2015, Herrmann and Kritikos 2013). Mindestens 250 000 Arbeitslose sollten Unterstützung erhalten, ebenso 180 000 Personen, die zwar beschäftigt sind, aber von Fortbildungsmaßnahmen profitieren können. Dazu kommen noch rund 30 000 Migranten und Roma, 33 000 Personen, die in Unterkünten für Arbeitslose leben, 10 000 Schwerbehinderte und 80 000 weitere benachteiligte Personen, die ebenfalls aus diesen Mitteln unterstützt werden sollten (Europäische Kommission 2015).

Im Jahr 2016 wird die Kommission die Verwendung der Mittel aus dem Kohäsionsfonds überprüfen, und es ist wahrscheinlich, dass sie den Betrag, der für Investitionen in Griechenland zur Verfügung steht, weiter erhöhen wird (Europäische Kommission 2015). Es ist Aufgabe der Kommission, Griechenland dabei zu unterstützen, die EU-Fonds optimal einzusetzen, die schnellstmögliche Anschubfinanzierung sicherzustellen sowie dafür zu sorgen, dass die Anforderungen an ein solides Finanzmanagement und die jeweiligen Fristen eingehalten werden (Europäische Kommission 2015). Dabei ist es von ausschlaggebender Bedeutung, dass Griechenland die grundlegenden juristischen Anforderungen der EU und damit die Regeln innerhalb der EU vollständig anerkennt, um so im Umgang mit seinen EU-Partnern, aber auch auf internationaler Ebene, Vertrauen aufzubauen und Glaubwürdigkeit herzustellen. Für Griechenland ist es entscheidend, rasch wieder finanzielle Stabilität zu erreichen, damit es von den substanziellen EU-Hilfen in Form von Zuschüssen, Krediten und technischer Hilfe für den Aufbau einer sicheren Zukunft Gebrauch machen kann (Europäische Kommission 2015, OECD 2015a). Die Reduzierung der Arbeitslosigkeit und die Steigerung des Wachstums bei gleichzeitig sich verengenden finanziellen Spielräumen, das Angehen struktureller Herausforderungen und die Verminderung der Unsicherheit im wirtschaftlichen und politischen Umfeld (Europäische Kommission 2015, ILO 2014) sind die Herausforderungen, die Griechenland meistern muss. Diese Probleme können viele Investitionsanstrengungen zunichte machen und stellen eine Herausforderung für die Anstrengungen der griechischen Behörden dar, von der finanziellen Unterstützung durch EU und die internationalen Partner den besten Gebrauch zu machen.

6 **Schlussfolgerungen**

Um auf den Pfad von Wachstum und Erhöhung der Anzahl der Arbeitsplätze zurückzukehren, ist es ratsam, dass Griechenland seine Reformen bei Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage fortsetzt und zugleich Reformen des Gütermarktes durchführt. Das Land muss eine umfassende Strategie zum sozialen Schutz entwickeln, die effektiv mit dem Arbeitsmarkt verknüpft ist und die Armut durch größere Zielgenauigkeit stärker reduziert. Das Land muss seine zentralen Mechanismen für einen sozialen Dialog und für Konsultationsprozesse mit dem Ziel überprüfen, deren Effektivität zu steigern, insbesondere, was die Kontrolle der Arbeitsmarkt- und Lohnentwicklungen anbelangt, so dass evidenzbasierte Politikgestaltung und effektive Tarifverhandlungen angeschoben werden können. Effektive und dezentrale Tarifverhandlungen auf den jeweils zuständigen Ebenen sind notwendig, um das Vertrauen zu stärken und um ein stabiles Umfeld für Wachstum und Investitionen zu schaffen. Es kann jedoch nichts erreicht werden, wenn die Gesamtnachfrage nicht erhöht wird. Daher muss auch eine Reform des Gütermarktes in Angriff genommen werden – ebenso müssen Investitionen in die Realwirtschaft gefördert werden, der Zugang zu Krediten für kleine und mittelständische Unternehmen verbessert und die Entwicklung des im Lande vorhandenen Humankapitals intensiviert werden. Außerdem sollten Groß-

unternehmen dabei unterstützt werden, mehr Innovationsanstrengungen zu unternehmen, während staatliche Institutionen das Wachstum von solchen kleinen und mittelständischen Unternehmen fördern sollten, damit diese sich in die Lieferketten großer Unternehmen integrieren und an deren Forschungsanstrengungen teilhaben können. Außerdem ist ein Steuersystem notwendig, das die Ziele, Wettbewerbsfähigkeit und Einnahmenerzielung miteinander in Einklang bringt, um einerseits nachhaltig für Produktivität und Innovation zu sorgen und andererseits Anreize für einen Wechsel vom informellen in den formellen Sektor zu setzen. Außerdem muss das Land die Regulierungen auf dem Gebiet der wirtschaftlich abhängigen Selbständigen verbessern. Die Änderungen sollten darauf abzielen, die Verbindungen zwischen Selbständigkeit und temporärer Beschäftigung mit jenen spezifischen Merkmalen zu verknüpfen, die den Status der wirtschaftlich abhängigen Selbständigkeit definieren. Die Gründung einer staatlichen Förderbank, die Kredite an kleine und mittelständische Unternehmen vergibt und private Institute in die Kreditvergabe miteinbezieht, ist von überragender Bedeutung. Es ist offensichtlich, dass für Griechenland die einzige Strategie weg von der ständigen Kreditaufnahme und hin zu gesunden Wachstumsraten darin besteht, Strukturreformen zu beschließen, die gleichzeitig ein investitionsfreundliches und finanziell stabiles Umfeld schaffen.

Im Großen und Ganzen sollte der Fall Griechenland lehren, dass die vorhandenen Probleme zunächst korrekt zu diagnostizieren sind, ehe sie behandelt werden, damit die verabreichte Medizin nicht zu unerwünschten Nebenwirkungen führt. Es gibt zudem keine „pauschal richtigen politischen Maßnahmen“, die immer und in jedem Einzelfall gleichzeitig anwendbar wären, da Politikmaßnahmen jeweils zu den spezifischen makroökonomischen Charakteristiken und Bedürfnissen einer Volkswirtschaft passen müssen; andernfalls erzeugen sie nur noch weitere Probleme. Außerdem erklärt sich das Scheitern der Programmreformen und das Ausbleiben eines robusten Wachstums dadurch, dass sie mit zeitlicher Verzögerung unternommen wurden und als Bestandteil des Memorandums ausschließlich dazu dienten, die künftige Zahlungsfähigkeit abzusichern. Zudem spiegelt die Weigerung, einige dieser Reformen als Instrument zur Verbesserung des bekannten Krankheitsbildes im Wirtschaftssystem anzuerkennen, die Unfähigkeit wieder, zu verstehen, was wirklich notwendig ist, um eine Wirtschaft in Gang zu bringen. Vorschläge für politische Maßnahmen sollten nicht nur zum Ziel haben, Griechenland aus seiner jetzigen Wirtschaftskrise zu führen, sondern sie sollten auch sicherstellen, dass die griechische Wirtschaft auch nach dem Ende dieses „Abenteuers“ langfristig überleben kann.

Eines ist sicher: Es ist Zeit für Griechenland zu begreifen, dass jetzt Entscheidungen nicht aufgeschoben werden dürfen. Die vorhandenen Chancen müssen jetzt genutzt werden, und es sind diesbezüglich die entsprechenden Prioritäten zu setzen. Auch die Sozialpartner müssen begreifen, dass für weitere Experimente kein Raum vorhanden ist. Sie müssen mögliche Fehler bei ihren politischen Vorschlägen anerkennen und jedwede Alternativen in Betracht ziehen. Andernfalls wird Griechenland nur noch tiefer in die Rezession absinken.

Anhang

Tabelle 1

Variable/Zeit	GEO	2010	2011	2012	2013	2014	2014-2010
HCPI (alle Posten)	Griechenland	4,7	3,1	1,0	-0,9	-1,4	-6,1
	Eurozone	1,6	2,7	2,5	1,4	0,4	-1,2
BIP Wachstumsrate	Griechenland	-5,47	-9,14	-7,27	-3,25	0,62	6,09
	Eurozone	2,05	1,63	-0,85	-0,28	0,86	-1,19
Arbeitslosenquote (gesamt)	Griechenland	12,7	17,9	24,5	27,5	26,5	13,8
	Eurozone	10,1	10,2	11,4	12,0	11,6	1,5
Arbeitslosenquote Jugendliche (unter 24 Jahre)	Griechenland	33,0	44,7	55,3	58,3	52,4	19,4
	Eurozone	21,3	21,3	23,5	24,4	23,7	2,4
Arbeitslosenquote (25-74 Jahre)	Griechenland	8,9	9,0	10,1	10,8	10,4	1,5
	Eurozone	11,2	15,9	22,3	25,4	24,8	13,6
Langzeitarbeitslosigkeit*	Griechenland	44,6	49,3	59,1	67,1	73,5	28,9
	Eurozone	42,5	45,3	46,5	49,7	52,5	10,0
Nominale ULC** (Wachstumsrate der nominalen Stücklohnkosten)	Griechenland	113,1 (-0,1)	111,0 (-1,8)	105,4 (-5,1)	98,1 (-6,8)		-15,0 (-6,7)
	Eurozone	109,7 (-0,6)	110,7 (0,8)	112,7 (1,9)	114,1 (1,2)		4,4 (1,8)
Reale ULC** (Wachstumsrate der realen Lohnstückkosten)	Griechenland	98,6 (-1,3)	95,8 (-2,9)	91,2 (-4,8)	86,8 (-4,9)		-11,8 (-3,6)
	Eurozone	101,4 (-1,4)	101,0 (-0,4)	101,6 (0,6)	101,3 (-0,3)		-0,1 (1,1)
Staatsausgaben	Griechenland	52,5	54,2	55,2	60,8	49,9	-2,6
	Eurozone	50,5	49,1	49,7	49,6	49,4	-1,1
Staatseinnahmen	Griechenland	41,3	44,0	46,3	48,3	46,4	5,1
	Eurozone	44,3	44,9	46,1	46,6	46,8	2,5
Nettokreditvergabe/ Nettokreditaufnahme	Griechenland	-11,2	-10,2	-8,8	-12,4	-3,6	7,6
	Eurozone	-6,2	-4,2	-3,7	-3,0	-2,6	3,6
Staatsschulden	Griechenland	146,2	172,0	159,4	177,0	178,6	32,4
	Eurozone	83,8	86,0	89,3	91,1	92,1	8,3
Zu zahlende Zinsen	Griechenland	5,9	7,3	5,1	4,0	3,9	-2,0
	Eurozone	2,7	3,0	3,0	2,8	2,7	0,0

*Langzeitarbeitslosigkeit als Prozentsatz der Gesamtarbeitslosigkeit.

**2010-2013.

Datenbasis

Länder: Griechenland, Eurozone: (EA11-2000, EA12-2006, EA13-2007, EA15-2008, EA16-2010, EA17-2013, EA18-2014, EA19).

HIKP (alle Posten): Harmonisierter Index der Konsumentenpreise, (2005 = 100) – jährliche Daten (Durchschnittsindex und Änderungsrate). Quelle: Eurostat Datenbasis (2015).

BIP: Bruttoinlandprodukt und Hauptkomponenten (Wirtschaftsleistung Ausgaben und Einnahmen) in konstanten Preisen von 2005. Quelle: Eurostat Datenbasis (2015).

ALQ: Arbeitslosenquote nach Geschlecht und Altersgruppen – jährlicher Durchschnittsprozentsatz. Quelle: Eurostat Datenbasis (2015).

Langzeit-ALQ: Langzeitarbeitslosigkeit in Prozent der Arbeitslosigkeit. Quelle: Eurostat Datenbasis (2015).

Nominale SLK: Nominale Stücklohnkosten in konstanten Preisen von 2005 (2005 = 100). Quelle: Eurostat Datenbasis (2015).

Reale SLK: Reale Stücklohnkosten in konstanten Preisen von 2005 (2005 = 100). Quelle: Eurostat Datenbasis (2015).

Staatsausgaben: Summe der Staatsausgaben (Landesebene) als Prozentsatz des BIP. Quelle: Eurostat Datenbasis (2015).

Staatseinnahmen: Summe der Staatseinnahmen (Landesebene) als Prozentsatz des BIP. Quelle: Eurostat Datenbasis (2015).

Nettokreditvergabe/Nettokreditaufnahme: Nettokreditvergabe (+)/Nettokreditaufnahme (–) auf Landesebene als Prozentsatz des BIP. Quelle: Eurostat Datenbasis (2015).

Staatsschulden: Konsolidierte Bruttoschulden des Staates (Landesebene) als Prozentsatz des BIP. Quelle: Eurostat Datenbasis (2015).

Zu zahlende Zinsen: Zu zahlende Zinsen (Landesebene) als Prozentsatz des BIP. Quelle: Eurostat Datenbasis (2015).

Literaturverzeichnis

- Annett, A. (2007): Lessons from Successful Labor Market Reformers in Europe. IMF Policy Discussion Paper. No. 07/1. International Monetary Fund, Washington, D. C.
- Arestis, P. und M. Sawyer (2011a): The Design Faults of the Economic and Monetary Union. *Journal of Contemporary European Studies*, 19 (1), 21–32.
- Arestis P. und M. Sawyer (2011b): The Ongoing Euro Crisis. *Challenge*, 54 (11), 6–13.
- Barkbu, B., J. Rahman und R. Valdes. a staff team. (2012): Fostering Growth in Europe Now. IMF Staff Discussion Note. No.12/07. International Monetary Fund, Washington, D. C.
- Blanchard, O. J. und F. Giavazzi (2003): Macroeconomic Effects of Regulation and Deregulation in Goods and Labor Markets. *Quarterly Journal of Economics*, 118 (3), 879–907.
- Blanchard, O. J., F. Jaumotte und P. Loungani (2014): Labor Market Policies and IMF Advice in Advanced Economies During the Great Recession. *IZA Journal of Labor Policy*, 3 (2), 1–23.
- Calcagno, A. (2012): Can Austerity Work? *Review of Keynesian Economics*, 1 (1), 24–36.
- Cazes, S., S. Verick und C. Heuer (2009): Labour Market Policies in Times of Crisis. *Employment Working Paper*. No.35. International Labor Organization, Genf.
- Drydakis, N. (2015): The Effect of Unemployment on Self-reported Health and Mental Health in Greece from 2008 to 2013: A Longitudinal Study Before and During the Financial Crisis. *Social Science and Medicine*, 128, 43–51.
- Europäische Kommission (2006): Employment in Europe 2006 Corrigendum. Brüssel.
- Europäische Kommission (2015): Communication From the Commission to the European Parliament, The Council, The European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. A New Start for Jobs and Growth in Greece. Brüssel.
- Frangakis, M. (2015): Public Debt Crisis, Austerity and Deflation: The Case of Greece. *Review of Keynesian Economics*, 3 (3), 295–331.

- Gersbach, H. (2000): Promoting Product Market Competition to Reduce Unemployment in Europe: An Alternative Approach. *Kyklos*, 53 (2), 117–134.
- Giannitsis, T. und S. Zografakis (2015): Greece: Solidarity and Adjustment in Times of Crisis, Study No. 38. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.
- Griechische Staatsbank (2014): Inequality, Poverty and Social Welfare in Greece. Distributional Effects of Austerity. Bank of Greece, Athen.
- Hein, E. (2014): The Crisis of Finance-Dominated Capitalism in the Euro Area, Deficiencies in the Economic Policy Architecture and Deflationary Stagnation Policies. *Journal of Post Keynesian Economics*, 36 (2), 325–354.
- Herrmann, B. und A. S. Kritikos (2013): Growing out of the Crisis: Hidden Assets to Greece's Transition to an Innovation Economy. *IZA Journal of European Labor Studies*, 2, 14.
- Herzog-Stein, A., F. Lindner und R. Zwiener (2013): Is the Supply Side All That Counts? How Germany's One-Sided Economic Policy Has Squandered Opportunities And Is Damaging Europe. Report No. 87e. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.
- ILO (2014): Productive Jobs for Greece. International Labor Office, Genf.
- Immervoll, H. und S. Scarpetta (2012): Activation and Employment Support Policies in OECD Countries. An Overview of Current Approaches. *IZA Journal of Labor Policy*, 1 (9), 1–20.
- Internationaler Währungsfonds (2015): Greece: A Preliminary Draft Debt Sustainability Analysis. Washington, D. C.
- Mastromatteo, G. und S. Rossi (2015): The Economics of Deflation in the Euro Area: A Critique of Fiscal Austerity. *Review of Keynesian Economics*, 3 (2), 326–350.
- Matsaganis, M. (2013): The Greek Crisis: Social Impact and Policy Responses. Friedrich Ebert Stiftung, Berlin.
- OECD (2010): Greece at a Glance: Policies for a Sustainable Recovery. Organisation for Economic Co-operation and Development, Paris.
- OECD (2013): Economic Surveys: Greece. Organisation for Economic Co-operation and Development, Paris.
- OECD (2015a): Employment Outlook. Organisation for Economic Co-operation and Development, Paris.
- OECD (2015b): Financing SMEs and Entrepreneurs 2015: An OECD Scoreboard. Organisation for Economic Co-operation and Development, Paris.
- Papageorgiou, D. und E. Vourvachaki (2015): The macroeconomic Impact of Structural Reforms in Product and Labour Markets: Trade-offs and Complementarities. Working Paper. No. 197. Bank of Greece, Athen.
- Sawyer, M. (2013): Alternative Economic Policies For The Economic and Monetary Union. *Contributions to Political Economy*, 32 (1), 11–27.
- Stockhammer, E. (2012): Euro-Keynesianism? The Financial Crisis in Europe. *Radical Philosophy*, 175, September/October, 2–10.
- Stockhammer, E. (2013): Rising Inequality as a Cause of the Present Crisis, Rising Inequality as a Cause of the Present Crisis. *Cambridge Journal of Economics*, 39 (3), 935–958.
- Stockhammer, E., A. L. Guschanski und K. Kohler (2014): Unemployment, Capital Accumulation and Labour Market Institutions in the Great Recession. *European Journal of Economics and Economic Policies Intervention*, 11 (2), 182–194.

- Stockhammer, E. und E. Klar (2011): Capital Accumulation, Labour Market Institutions and Unemployment in the Medium Run. *Cambridge Journal of Economics*, 35 (2), 437–457.
- Weltbank (2015): *Global Economic Perspectives*. Washington, D. C.

Database

- EUROSTAT Database, National Accounts, Population and Social Conditions, Labour Market. Europäische Kommission, Brüssel.
- Labour Market Reforms (LABREF) Database. Europäische Kommission, Brüssel.